



GEMEINDE-RATSAM

Kommunale Zeitung der SPD - Offene Liste Merdingen
Nr. 25 - November 2018

Keine großen Bundesstraßen zwischen Tuniberg und Kaiserstuhl!

Auf der Suche nach Lösungen lokaler Verkehrsprobleme wurde über Jahrzehnte das Verkehrsprojekt B31 zu einer Größe weiterentwickelt, die der Region mehr Nachteile wie Vorteile bringen wird.

Eine Bundesstraße in unserer Region wird neben dem lokalen Verkehr auch überregionalen und europäischen Verkehr zu uns bringen. Somit werden ohne Not überregionale Probleme in unsere Region importiert: Transitverkehr, der weder Quelle noch Ziel in unserer Region hat. Die Verlängerung des Freiburger Stadttunnels wird diese Situation verstärken.



Die tägliche LKW-Schlange durch Freiburg ist erst durch den Bau des Stadttunnels "ermöglicht" worden. Grenzwerte von Luftschadstoffen, Ozon und Feinstaub wurden daher auch 2018 in Freiburg überschritten. Es drohen Fahrverbote dank überregionalem Verkehr!

Die Info-Veranstaltung des Regierungspräsidiums zum Neubau der Bundesstraße Anfang Oktober in Breisach hat klar gezeigt, dass es nicht um die Probleme der Region geht, nein, es wird eine "Bundes"-

straße gebaut! Immer, wenn aus der Zuhörerschaft grundlegende Fragen gestellt wurden, wurde auf den Bund verwiesen. So kam zum Beispiel auf die Frage warum eine Straße in dieser Größenordnung geplant wird, die Antwort vom Regierungspräsidium: "Das müssen Sie den Bundestag fragen." Oder: "Das müssen Sie den Bundesverkehrsminister fragen."

Die Antworten klangen in unseren Ohren so, als ob es auch für das Regierungspräsidium unverständlich sei, wie es zu der Idee eines solchen Riesenprojekts für unsere Region kommen konnte.

Das Regierungspräsidium Freiburg ist sozusagen nur ausführendes Organ für Entscheidungen aus Berlin, gleichsam der Handlanger Berlins vor Ort.

Sollte die Bundesstraße jemals gebaut werden, werden wir uns dann damit abfinden müssen, dass die damit verbundenen Risiken, wie Lärm- und Schadstoffemissionen, von uns vor Ort zu tragen sind, wohingegen Entscheidungen, die die Straße betreffen,

weit weg von uns gefällt werden, z.B. ein weiterer Ausbau der Bundesstraße...

Liebe Leserinnen und Leser,

da ist doch einiger Dampf unterm Kessel. Zum einen das Thema Bauen: Der Gemeinderat berät und beschließt eine Satzung nach der anderen. Ist das im Sinne von Bauherren? Und denkt da jemand auch an die vielen Wohnungssuchenden? Hier zeigt sich wieder mal, dass Lösungen nicht durch lautes Herumposaunen gefunden werden, sondern durch Kümmern und durch Kompromisse! Kommunalpolitik ist eben Politik zum Verstehen und zum Einmischen. Übrigens, nächstes Jahr sind Kommunalwahlen: Haben Sie schon überlegt, welches Ihr wichtigstes Thema ist und auf welcher Liste Sie sich einmischen wollen?

Zum Thema Automobilität: In Merdingen wird der (Park-)Platz knapp, jeder pocht auf sein Recht und keiner will sich einschränken. Und dann kocht auch noch nach langem, leisen Dahinblubbern die B31 wieder richtig auf. Auch hier kann man/frau unterschiedlicher Meinung sein. Das St. Florians-Prinzip "Hauptsache nicht bei uns" alleine reicht nicht. Also informieren, kümmern und was verändern. Wir können entscheiden, wie wir leben wollen!

Es gibt demnach was zu lesen in unserem **GEMEINDERATSAM**. Wer sich darüber hinaus einmischen will, sei herzlich eingeladen!

*Gemeinderäte und Team der
SPD - Offenen Liste Merdingen*

Weiter auf Seite 2

Keine großen Bundesstraßen zwischen Tuniberg und Kaiserstuhl!

Fortsetzung von Seite 1

... Die planerischen Grundlagen zum Bau einer Bundesstraße sind wesentlich aufwändiger als für Land- oder Kreisstraßen. Die derzeitige Planung sieht vor, dass es keine Kreuzungsbereiche an der geplanten Bundesstraße geben wird. Es sollen bei jeder Querung Brücken bzw. Unterführungen und Anschlüsse mit dazugehörigen Auf- und Abfahrten gebaut werden. Zum Schutz von Wildtierkorridoren sind großflächige Grünbrücken mit bis zu 50 m Breite geplant. Aktuell sind beispielsweise für die Nordvariante 20 Brücken, Unterführungen und Anschlüsse zwischen Gottenheim und Breisach in Planung.

Unverbaute Landschaftsräume werden zerschnitten und versiegelt. Der Flächenverbrauch ist riesig: ca. 50 Hektar für die eigentliche Straße und die geplanten Bauwerke sowie nochmals ca. 50 Hektar für Ausgleichsflächen.

Die Flächeninanspruchnahme wird vor allem zu

Lasten der Landwirtschaft gehen. Anders ausgedrückt: Ein Landwirt aus unserer Region wird seine berufliche Existenz durch den Bau der Bundesstraße verlieren.

Querungen mit der Breisgau S-Bahn müssen mit aufwändigen Unterführungen ausgeführt werden. Große Eingriffe in den natürlich gewachsenen Boden und die Grundwasserströme bis 10 m Tiefe sind damit unvermeidlich. Der hohe Grundwasserstand erschwert den Bau. Tausende Kubikmeter Beton werden alleine zum Schutz gegen den Auftrieb der Bauwerke in den Unter-

grund gepumpt werden müssen. Am Wasenweiler-Ried wird es unwiederbringliche Zerstörungen an einem der letzten Niedermoore am Oberrhein geben. Keine noch so gut gemeinte Ausgleichsmaßnahme kann den Verlust von einzigartigen Moorböden gutmachen, die vor Millionen Jahren entstanden sind.

Nach vorliegender Verkehrsprognose soll die Bundesstraße 2030 eine Ge-



Immer öfter Stau in den Morgenstunden am Zubringer Freiburg auf Höhe Autobahnauf- und abfahrt Freiburg Mitte. Wird es hier mit Bau der Bundesstraße mehr Stau geben und der Weg nach Freiburg länger dauern?

samtverkehrsbelastung von etwa 16.000 Fahrzeugen pro Tag aufweisen. Die Verkehrsprognose geht von einer deutlichen Mehrbelastung im Merdinger Löschgraben von etwa 2000 Fahrzeugen pro Tag und einer verhältnismäßig geringen Entlastung der Langgasse in Höhe von circa 600 Fahrzeugen pro Tag aus. Für den Löschgraben mit anliegender Schule und Kindergarten bedeutet dies eine Verdoppelung des heutigen Verkehrsaufkommens.

Wir Merdinger Bürger wollen keine Verschlechterung der Verkehrssituation in der Merdinger Ortsdurchfahrt.



Wir befürchten bei Realisierung einer der Südvarianten, dass mehr statt weniger Fahrzeuge durch unseren Ort fahren werden. Unsere Ortsdurchfahrt wird umso attraktiver für den Weg von und nach Freiburg, je näher die Trasse an das Merdinger Ortsgebiet herangeführt wird.

Darüber hinaus wird unsere Ortsdurchfahrt mit zunehmender Stauwahrscheinlichkeit auf dem Zubringer rund um die Autobahnauffahrt Freiburg Mitte an Attraktivität gewinnen. Der Neubau einer Bundesstraße zwischen Breisach und Gottenheim wird dieses Problem eher verstärken. Der vermeintliche Vorteil der neuen Bundesstraße – eine schnellere Verbindung nach Freiburg – könnte sich immer öfter als Illusion erweisen.

Wir sind gegen einen Straßenbau in dieser Größenordnung und for-

dern angepasste Lösungen für Individual- und öffentlichen Verkehr:

- Lokale Umfahrungsstraßen mit Kreisverkehren.
- Ausbau des öffentlichen Verkehrs mit Anbindung von Merdingen zur Breisgau S-Bahn.
- Ausbau des Radwegs von Merdingen nach Wasenweiler.

**Keine Bundesstraße zwischen Tuniberg und Kaiserstuhl!
Keine Bundesstraße auf Merdinger Gemarkung!**

*Stephanie Reisenberger
Reiner Hug*

Verhindern die Satzungen ein Bauen im Ortskern

Der alte Ortskern ist bautechnisch schwierig, denn man verheddert sich politisch recht schnell in einem Zielkonflikt: Einerseits wollen wir natürlich den historischen Kern so gut es geht erhalten, andererseits plagen uns die viele Leerstände und der Verfall an manchen Gebäuden.

Viele Hausbesitzer machen sich Sorgen, dass das Bauen im Kernort noch schwieriger wird, noch mehr Einschränkungen kommen und die Kosten steigen werden. Ich glaube, diese Sorgen können wir den Menschen nehmen. Die neuen Instrumente Erhaltungssatzung und Bebauungsplan machen das Bauen nicht teurer, sogar eher leichter.

Beginnen wir mit dem Bebauungsplan. Solche Pläne gibt es für alle Baugebiete im Dorf und die legen ziemlich viel ziemlich genau fest. Es gibt Baufenster und Traufhöhen, Dachneigungen und so einiges mehr. Das gibt es im Ortskern nicht, und das wird es auch nicht geben, denn dafür ist der Kern zu unterschiedlich gebaut. Was es im Wesentlichen geben wird, ist eine Einschränkung, wie viele Wohneinheiten pro Fläche entstehen dürfen. Das ist essentiell wichtig, denn sonst wird der Kern dermaßen nachverdichtet, dass das Parkchaos vorprogrammiert ist. Eine mögliche



Ersticken Paragraphen das Bauen

weitere Einschränkung kann sich aus der Festlegung von Grünflächen in manchen hinteren Bereichen der oft schmalen und langen Grundstücke ergeben.

Tatsächlich aber bringt der Bebauungsplan eine entscheidende Erleichterung für alle die, die ein altes Gebäude abreißen und durch ein neues ersetzen möchten. In diesem Fall galt bislang ein Mindestabstand zur Grundstücksgrenze von zweieinhalb Metern oder eine Baupflicht für den Nachbarn bei Grenzbebauung. Das gilt auch, wenn das abgerissene Haus Jahrhunderte lang auf der Grenze stand und auch gar nicht woanders hin passt. Mit dem Bebauungsplan entfällt diese recht sinnlose Einschränkung und das ist sehr gut.

Die Erhaltungssatzung ändert fast gar nichts. Sie besagt im Großen und Ganzen nur, dass die Gemeinde gefragt werden will, wenn eine Gebäude oder ein Ensemble abgerissen werden soll. Das ist dann nur möglich, wenn ortsbildkonform wiederbebaut wird. Ein guter Teil dieser Vorschriften ergeben sich aber schon aus dem Baugesetzbuch.

Bleibt die Ortsbausatzung. Ich würde mal schätzen, dass es genau die Vorschriften dieser Satzung sind, die sich oft preistreibend auswirken und so manchen Kompromiss erfordern, der modernen Wohnbedürfnissen entgegen läuft. Hier werden wir im Herbst tätig werden und die Satzung fortzuschreiben. Da geht es dann zum Beispiel um die Größe der Gauben und einiges mehr. Erleichterungen in diesem Bereich haben wir bereits im letzten Jahr gefordert und auch der Antrag der Freien Wähler ging in diese Richtung. Es ist gut, dass sich nun etwas bewegt.

Wir bringen mit diesen Änderungen nur sehr wenig Einschränkungen für einige wenige, erleichtern aber der großen Mehrzahl der Hausbesitzer die Möglichkeit, im Ortskern sinnvoll zu bauen und dabei unser Dorf so hübsch zu halten, wie es ist.

Oswald Prucker

Kommt jetzt die Grundsteuer C

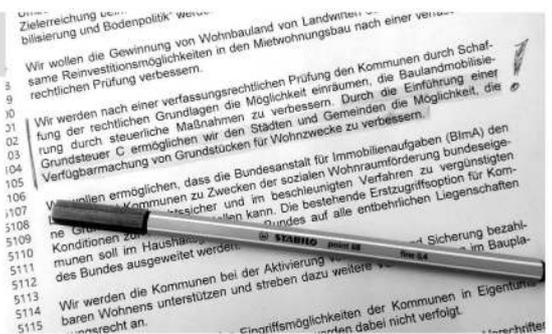
Die sogenannte Grundsteuer C ist ein Instrument, das wir im Gemeinderat bereits am Rande diskutiert haben. Sie würde für baufertige Grundstücke gelten und wäre höher als die Grundsteuer auf bebauten Gelände. Daraus ergäben sich Anreize, Baulücken zu schließen. Bislang ist es uns Gemeinden nicht möglich, eine solche Steuer zu erheben.

Das könnte sich aber bald ändern, denn im Koalitionsvertrag der Bundesregierung steht auf Seite 109:

"Durch die Einführung einer Grundsteuer C ermöglichen wir den Städten

und Gemeinden die Möglichkeit, die Verfügbarmachung von Grundstücken für Wohnzwecke zu verbessern."

Wir sind gespannt, ob diese Vereinbarung tatsächlich auch umgesetzt wird. Zu gegebener Zeit würden wir uns dann wieder einmischen und einen entsprechenden Antrag für Merdingen formulieren. Aus Gesprächen mit Kommunalpolitikern aus anderen Gemeinden in der Umgebung wissen wir, dass viele auf ein solches Instrument warten. Auch Bürgermeister haben uns das bestätigt.

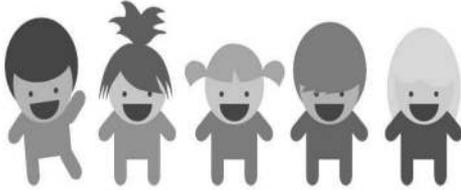


Nochmals: Es geht nicht darum, jeden Quadratmeter zu verbauen, aber wir können auch nicht mehr dulden, dass mehr Grundstücke im Ort unbebaut sind, als wir jemals mit einem Neubaugebiet ausweisen können.

Oswald Prucker

Kleinkindbetreuung: Spitzenplatz dank SPD

Ich erinnere mich noch gut an meine ersten Jahre im Merdinger Gemeinderat. Damals regierte im Land Rot-Grün und die SPD ging beherzt das Thema frühkindliche Betreuung an. Beherzt heißt: Wir nahmen sehr viel Geld in die Hand und gaben das an die Kommunen weiter. Insgesamt floß – wenn ich mich richtig erinnere – rund eine Milliarde Euro. Nie wurde für ein Programm mehr Geld vom Land an die Kommunen weitergegeben. Damit konnten landauf, landab Einrichtungen gebaut oder umgebaut werden. So auch in Merdingen, als das Dachgeschoß des neuen Kindergartens für die Mättlezwergge hergerichtet wurde und im Keller ein Bewegungsraum – also eine Art Turnhalle für die Kleinen entstand.



Nun ist es eine Sache, etwas neues aus dem Boden zu stampfen. Etwas ganz anderes ist es, den Betrieb aufrecht zu erhalten, denn Kleinkindbetreuung ist teuer. Auch hier hat die

SPD in der damaligen Landesregierung Maßstäbe gesetzt: Zwei Drittel der Betriebskosten zahlt das Land seither. Vieles hat Grün-Schwarz seither rückabgewickelt. Die Finanzierung der Kleinkindbetreuung zum Glück nicht.

Ich freue mich deshalb, dass durch das Wirken der SPD seit dieser Zeit Baden-Württemberg immer den Topplatz bei der Kleinkindbetreuung in Deutschland einnimmt. Vorher waren wir, bedingt durch schwarze Vorbehalte gegen diese Betreuung, immer Schlußlicht.

Jetzt fallen wir aber dennoch zurück. Vielleicht nicht beim Betreuungsschlüssel, aber bei der Familienfreundlichkeit. Viele Länder, darunter unser Nachbar Rheinland-Pfalz, haben da die Zeichen der Zeit erkannt und die Kleinkindbetreuung kostenfrei gemacht. Das muss jetzt unser Ziel sein. Ein lohnenswertes Ziel, denn schon jetzt zeigen die Verbesserungen in der Kinderbetreuung Wirkung: Die Geburtenrate steigt wieder leicht. Ein zartes Pflänzchen, das umsorgt werden will.

Oswald Prucker

Funkstille beim 4G- Mast



In jeder Gemeinderatssitzung frage ich nach dem 4G-Funkturm, der doch längstens Richtung Zwölferholz gebaut sein sollte. Die Antwort der Verwaltung ist immer gleich: Es gibt dazu keine neuen Informationen.

Die "Deutsche Funkturm" hat ganz augenscheinlich mittlerweile andere Prioritäten. Der Bau ist ihnen zu kompliziert geworden und es gibt genügend andere Funklöcher.

Ich bereue es mittlerweile zutiefst, mich nicht für einen raschen Bau am Feuerwehrhaus eingesetzt zu haben. Wir werden bis auf weiteres in weiten Bereichen des Dorfes auf einigermaßen ordentlichen Empfang warten müssen. In Lesotho bauen sie übrigens mittlerweile ein 5G-Netz auf.

Oswald Prucker

Kommunalpolitik ist ...



... wenn ich mitreden kann, nicht nur zu Hause auf dem Sofa.

Kandidieren Sie bei der ...

... SPD - Offene Liste Merdingen

IMPRESSUM:

Zeitung der

SPD - Offene Liste Merdingen

V.i.S.d.P.:

Bernd Trilling & Oswald Prucker

SPD OV Merdingen,

Am Schlagbaum 32, 79291 Merdingen

Telefon:

0173/7032559

Email:

prucker@spd-merdingen.de

Homepage:

www.spd-merdingen.de

Auto, Auto über alles, überall

Wenn ich so zurückblicke auf die Gemeindepolitik dieses Jahres, dann sind es drei Dinge, die für den meisten Ärger und die meiste Arbeit gesorgt haben: Das ist die Parksituation im Kernort, die B31 West und so manches größeres Bauprojekt im Ortskern. Bei den ersten beiden Punkten ist die Ursache eindeutig: es geht um Verkehr, besser gesagt, es geht um Autos. Auch der letzte Punkt hat damit zu tun, denn auch hier ist die größte Sorge bei einer starken Nachverdichtung, dass die geparkten Autos der neuen Bewohner die Umgebung verstopfen. Es gibt selbstverständlich noch andere Gründe, die gegen solche Projekte sprechen, aber die Parksituation steht auf dieser Liste weit oben.

Ich fasse also zusammen: Ein Hauptproblem im Dorf sind die Blechkarren. Was kann die Politik, zumal die Kommunalpolitik, dagegen tun? Wenig bis gar nichts! Wir können den Menschen schließlich nicht vorschreiben, wie viele Autos sie besitzen dürfen. Wir dürfen Ihnen ja noch nicht einmal große Vorschriften darin machen, wo die Dinger abgestellt werden dürfen oder müssen.

Mit anderen Worten, es ist ein gesellschaftliches Problem und wir brau-

chen ein Umdenken.

In den Städten ist ein Umdenken bereits zu erkennen. In Peking kostet das Nummernschild so viel wie das Auto. In London muss für den Innenstadtbereich Maut gezahlt werden. In Hamburg besitzen nur noch 40% der Haushalte überhaupt ein Auto – kein Wunder, der ÖPNV ist exzellent ausgebaut und Parken ist sehr teuer. In vielen Städten – so auch in Freiburg – werden Fahrradstraßen und -schnellwege gebaut.

Auf dem Land ist davon noch wenig bis gar nichts zu erkennen. So wird auch bei den Kommunalwahlen im nächsten Jahr niemand über echte Verbesserungen im ÖPNV oder über Car Sharing reden (wollen). Die Politiker nicht und die Wähler auch nicht.

Ich bin kein Autofeind, ich fahre zwar vergleichsweise wenig, aber ich fahre (meistens) gerne Auto und genieße die damit verbundene Mobilität. Die hat aber offensichtlich ihre Grenzen, und die bekommen wir gerade aufgezeigt. Deshalb würde ich gerne verstehen, warum wir uns diesen Kisten so unterwerfen, ganz klar unter den Folgen leiden und einfach an den Symptomen rundoktern, statt an die Ursachen zu gehen.

Oswald Prucker

Die SPD Merdingen trauert um Waltraud Müller



Vor wenigen Tagen ist unser Gründungsmitglied und ehemalige Gemeinderätin Waltraud Müller verstorben.

Waltraud Müller war die treibende Kraft für die Aufstellung einer SPD-Liste zur Kommunalwahl im Jahr 1989. Ein früherer Versuch war nicht erfolgreich. Sie kam dann auch in diesem Jahr für die SPD in den Merdinger Gemeinderat und setzte sich im Besonderen für den Abenteuerspielplatz und für eine offenere und transparente Gemeindepolitik ein.

Leider musste sie ihr Amt gesundheitsbedingt recht bald wieder aufgeben. Trotzdem blieb sie in unserer Partei aktiv. Ohne sie hätte die Gründung unseres Ortsvereins im Jahre 1994 nicht stattgefunden.

Wegen schwindender Gesundheit musste sie Merdingen verlassen, zog in den Schwarzwald. Der Kontakt blieb aber bestehen. Wir freuen uns, dass sie zusammen mit uns im Jahre 2011 nach Berlin fahren und auch das 20jährige Jubiläum ihres Ortsvereins vor vier Jahren mitfeiern konnte.

Wir werden sie für diesen Einsatz immer in Erinnerung behalten.

Oswald Prucker und Reiner Hug



Wir lassen uns so gehn, dass wir nur noch fahren. (M.Hinrich)

Radweg Merdingen Wasenweiler - Wir bleiben dran

Die Ausführungen des Landratsamtes auf unseren Einspruch zur Radwegeplanung Wasenweiler - Merdingen konnten wir nicht auf sich beruhen lassen. Insbesondere die Aussage, dass der Weg entlang des Neugrabens ein Teil eines "bestehenden Radwegenetzes" sein solle. Unserer Ansicht nach muss genau dieser Teil radfahrtauglich ausgebaut werden. Wenn das Landratsamt darüber hinaus zusätzlich den teuren Teil zwischen Wasenweiler und Gottenheimer Strässle bauen will, dann wäre das natürlich schön, aber Priorität hat tatsächlich der unbefestigte Teil am Neugraben.

Bernd Trilling

Brief ans Landratsamt

Frau Landrätin
Dorothea Störr-Ritter
Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald
Stadtstraße 2
79104 Freiburg

Radwegeplanung Merdingen-Wasenweiler (K4929)

Sehr geehrte Frau Landrätin,
wir möchten erneut das Thema Kreisradwegeplan, Radwegeplanung Merdingen-Wasenweiler (K4929), aufnehmen. Hierbei wollen wir nicht erneut die bereits ausgetauschten Argumente wiederholen. Einigkeit besteht ja darin, dass ein durchgehender Radweg zwischen Wasenweiler und Merdingen aus vielerlei Gründen ein Gewinn wäre. Allerdings teilen wir nach wie vor nicht Ihre Begrifflichkeit des „Lückenschlusses“ durch den Landwirtschaftsweg entlang des Neugrabens. Dieser nicht asphaltierte Weg kann bei Niederschlagsereignissen nicht als Fahrradweg genutzt werden, was die beigelegten Fotos eindrücklich beweisen. Es ist eben nicht nur die ein oder andere Pfütze, der man/frau ausweichen könnte, sondern ein durchgehendes Band an Lachen, mehr oder weniger tief, in beiden Fahrspuren. Der Bereich zwischen den vertieften Fahrspuren besteht bei Regen aus Matsch. Für Traktoren, also für die landwirtschaftlichen Nutzung, kein Problem, für ein Fahrrad nahezu unbefahrbar, es sei denn, man/frau möchte mit dem Mountainbike auch in der Ebene ein wenig Cross-Country fahren. Hiermit würde also nach dem potentiellen Bau eines Radweges zwischen Wasenweiler und Abzweig Neugraben bzw. Abzweig „Gottenheimer Sträßle“ nach wie vor eine Lücke bestehen bleiben, d.h. das Projekt eines durchgehenden Fahrradweges zwischen Merdingen und Wasenweiler wäre immer noch nicht verwirklicht.

Selbst bei trockenem Wetter ist der landwirtschaftliche Weg entlang des Neugrabens kein echter Fahrradweg: Familien, die mit Fahrradanhänger unterwegs sind, bekommen Schwierigkeiten durch die vertieften Fahrspuren und die Schlaglöcher. Überdies kommen RadlerInnen, die täglich mit dem Fahrrad zur Arbeit fahren, auf einem nicht asphaltierten Weg deutlich schlechter voran. Und auch für die zunehmende Zahl der E-BikerInnen ist der Weg am Neugraben keine Ausbaustufe, die den Namen Fahrradweg verdient.

Bitte schauen Sie sich die Bilder im Anhang in Ruhe an, sie sprechen für sich!

Wir hoffen, dass Sie unsere Darlegungen mit in Ihre Planung einbeziehen und würden uns über einen tatsächlich durchgehenden Fahrradweg zwischen Merdingen und Wasenweiler sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage: CD mit Bildern ("Matschfotos vom "Radweg")



Sieht so ein fertiger Radweg aus?